

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Nach der Reichspräsidentenwahl

Aus dem Sumpf des Wahllampes, aus dem Nebeldunst der Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen geht der Generalfeldmarschall Hindenburg, der Retter Deutschlands, der „erste und einzige wahre Deutsche“ als Sieger hervor. Die Schieber und Konjunkturgenossen, die Echarwachser und Arbeiterfeinde, die Monarchisten und Militaristen, das ganze reaktionäre Nachgebölge, dem die Krallen wieder gewachsen sind, alle jene Kreise triumphieren, die sich vom Schwanz der Arbeiter mästen und die zugleich darauf aus sind, die Angehörigen der Unterschichten zu rechtlosen Parasiten zu erniedrigen.

Der Ausfall der Reichspräsidentenwahl ist ein schlimmes Zeichen für Deutschland; das deutsche Volk hat sich dadurch ein großes Armutsgugnis ausgestellt. Ober ist es nicht beschämend für ein Kulturvolk, daß mehr als 10 Millionen Deutsche einen alten Samenkornspieß und eingeleiteten Monarchisten gewählt haben? Wenn man auch berücksichtigt, daß die Hauptkräfte des Monarchismus: die Pfälzer und Fürstentümer, die Militaristen und Reaktionen aller Schattierungen die Republik und ihre Anhänger mit Dred bewarfen, daß sie die demokratisch-republikanische Staatsform mit Lüge und Verleumdungen überschüttet haben, so muß man sich doch wundern, daß so viele Menschen, die Verstand haben und Erfahrung besitzen, auf den Schwindel hereingefallen sind. Aber die Menschheit hat ein zu kurzes Gedächtnis, sie vergesse zu leicht, welche Verhältnisse unter dem monarchischen Regime geherrschet haben, sie sind auch nicht urteilsfähig genug, um zwischen Monarchie und Republik scharf unterscheiden zu können. Da bedarf es noch einer planmäßigen, andauernden Aufklärung, Belehrung und Erziehung, wenn die Pest des Monarchismus, die wie eine Giftflanze aus dem Sumpfe der Unfreiheit und der Korruption hervorprillt, beseitigt oder wenigstens eingedämmt werden soll. Den Arbeiterzeitungen erwächst hier die grundsätzliche Aufgabe, Plonierarbeit zu leisten, um dem Gedanken der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung eines Volkes mehr als bisher in den untergeleiteten Völkern den Boden zu öffnen. Ein denkender, freiliebender Mensch kann kein Monarchist sein; aber da viele Millionen Deutschen noch die Sklavengesinnung im Blute steckt, so gilt es, die rüstständigen Volksgenossen und Volksgenossinnen zum politischen Denken und zum Selbstbewußtsein zu erziehen.

Die Folgen der Reichspräsidentenwahl werden sich sehr bald bemerkbar machen. Sie sind politischer und wirtschaftlicher Art. Innerpolitisch wird die Tatsache, daß so viele Millionen Wähler und Wählerinnen auch aus proletarischen Kreisen für einen reaktionären Militaristen und Monarchisten gestimmt haben, dazu beitragen, daß der Reaktion der Stamm schwillt, daß die reaktionäre Sippe noch frecher wird, als sie ohnehin schon ist. Diese patriotischen Edelgestalten, die sich nach der Revolution in die Marktschreier verkokten, weil sie Angst hatten vor dem Proletariat, sind wieder ans Tageslicht gekommen, als der Wind umschlug. Wie einig und wie erfolgreich sie — dank der Gutmütigkeit, der Dummheit des Proletariats — ihre Geschäfte zu machen verstanden, dafür gibt es kaum einen deutlicheren Beweis als eben die Erklärung eines fabeltragenden Monarchisten zum Oberhaupt der deutschen Republik. Dank dieser Wahl wird sich der Einfluß der Reaktionen noch stärker als bisher geltend machen. In den Parlamenten wehte die letzten Jahre schon ein durchaus arbeitseindlicher Wind, besonders in bezug auf Lastenverteilung, Sozialpolitik und Arbeiterfürsorge. Nun wird es mit der Verdrängung von aufrechten Republikanern und Sozialdemokraten, von sozial empfindenden Männern und Frauen aus der Staatsverwaltung lustig weitergehen. An die Stellen der Verdrängten werden Leute treten, die des sozialen Empfindens bar sind und die in dem demokratisch gesinnten Volke den Feind sehen.

Was dies alles für das deutsche Proletariat bedeutet, davon haben, wie es scheint, viele Broterwerbende noch gar keine Ahnung. Sie werden es aber über kurz oder lang an ihrem eigenen Leibe erfahren. Dann werden ihnen die Augen überlaufen, sie werden schimpfen und fluchen, aber es wird ihnen nichts nützen. Dann werden auch denkende Kommunisten zu ihrem großen Schaden erkennen, welche riesige dumme Dummheit es gewesen ist, daß sie durch ihre Eigenbrödel dem reaktionären Kandidaten zum Siege verholfen haben.

Wenn auch vielleicht der neue Reichspräsident, der „unpolitische Kopf“ selbst keinen allzu großen Einfluß auf die deutsche Innenpolitik ausüben wird, so wird doch aber durch seine Wahl unser ganzes politisches Leben einen reaktionären Anstrich bekommen. Bei Besetzung der einflussreichen Stellen im Reich, die dem Präsidenten zusteht, werden sich volksfeindliche Einflüsse bemerkbar machen, besonders in bezug auf die Reichswehr wird dies der Fall sein. Sage man nicht, daß Hindenburg vor der Wahl erklärt habe, er wolle die bestehende Verfassung schützen, er denke gar nicht daran, einen Revanchekrieg vorzubereiten, es sei gar nicht seine Absicht, die Monarchie wieder einzuführen. Das alles sind leere Versicherungen und Versprechungen. In Wirklichkeit wird dieser unpolitische Greis schon dorthin gedrängt werden, wohin man ihn haben will. Vor allen Dingen werden die Anhänger der monarchischen Staatsform darauf pochen, daß die größere Mehrzahl des deutschen Volkes Gegner der Republik und Anhänger der Monarchie seien. Und sie werden daraus die Folgerung ziehen, daß unter diesen Verhältnissen der Wille des Volkes die Wiedereinführung der Monarchie fordere.

In außenpolitischer Hinsicht bedeutet die Wahl Hindenburgs zweifellos eine Verschlechterung

unserer Beziehungen zu den anderen Völkern. Im Ausland gilt nun einmal Hindenburg als die Verkörperung des Militarismus und als der treue Diener seines „allergnädigsten Herrn“; dort gilt er als der Träger des Revanchegedankens und als der Befürworter eines neuen Krieges. Gegen eine solche Auffassung verhält es sich nicht, daß der alte Herr den Ölweig des Friedens zeigte. Das Ausland kennt das Wesen des Militarismus besser, es weiß, daß es nicht auf die Person des einzelnen, sondern auf das System ankommt. Jedenfalls haben die Bestrebungen der ehrlichen Friedensfreunde, eine Völkerverständigung anzubahnen, aus der dann die Völkerveröhnung erblühen soll, einen argen Stoß bekommen. Die Chauvinisten und Kriegsheter im Auslande — ebensolche Vurschen wie ihre Kollegen in Deutschland — werden auf die Wahl Hindenburgs hinweisen und um ihrer Selbsterhaltung willen eine Verstärkung der Kriegsrüstungen in ihrem eigenen Lande zum Schutze gegen angeblühende Angriffe durch das deutsche Volk fordern. Dabei denkt das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit bestimmt nicht an einen neuen Krieg; aber das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl wird im Auslande die Meinung befestigen, daß Deutschland revanchellüstern und kriegerisch sei, weshalb eine noch stärkere Rüstung als eine unabwendbare Notwendigkeit erscheine. Und um diesen Schreibern scheinbar Recht zu geben, werden unsere Monarchisten und Militaristen bei der ersten besten Gelegenheit wieder das schöne Lied singen: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!“

Endlich besteht in wirtschaftlicher Beziehung die Gefahr, nein die Gewissheit, daß unser Kredit im Auslande durch Hindenburgs Wahl sehr geschädigt wird. Bereits vor der Wahl sind zahlreiche Stimmen in Amerika usw. laut geworden, die die Befürchtung aussprachen, daß Deutschland unter dem neuen Regiment Hindenburg seinen übernommenen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen und deshalb jeglichen Kredit im Auslande verlieren werde. Was eine neue wirtschaftliche Abschnürung Deutschlands von der Weltwirtschaft für das deutsche Volk im allgemeinen und das deutsche Proletariat im besonderen bedeutet, braucht einem Kenner nicht erst gesagt zu werden. Es steht zu befürchten, daß alles das, was nach langer Not durch schwere Opfer besser geworden ist, durch die Wahl Hindenburgs verborgen wird. Die nächste Zukunft schon wird uns lehren, welche Dummheit es war, einen solchen Militaristen und Monarchisten als Präsident nach Berlin zu schicken.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß jede Revolution Gegenströmungen auslöst, und so ist auch die monarchistisch-reaktionäre Welle, die jetzt über Deutschland dahinflutet, eine natürliche Erscheinung. Sie wird abflauen, wenn die Deutschen zu politischer Vernunft kommen werden. Deshalb sehen wir der nächsten kommenden Reichspräsidentenwahl mit Zuversicht entgegen. Das steht schon heute fest, daß der fast achtzigjährige Greis die Geschichte nicht lange machen wird, denn wie lange wird es dauern, und er wird unter seiner Bürde zusammenbrechen. Dann hat die alte Frau, die Friede und Ehre in der Tod geholt hat, auch den Nationalhelden Hindenburg auf dem Gemissen. Aber was kümmern sich die Monarchisten um Menschen? Für sie kommt es darauf an, daß sie ihren Vorteil finden und sich ihre Taschen füllen.

Weltmarkt und Lohn

Von Paul Herberg

Dieser überaus bedeutungsvolle Aufsatz ist dem 4. Heft der Zeitschrift des DGB, der Arbeit entnommen. Es sind nur ein paar hier weniger wichtige Stellen weggelassen. Wir bitten alle unsere Kollegen, besonders aber unsere Vertrauensleute, den Aufsatz mit gebührender Aufmerksamkeit zu lesen.

Kriegs- und Inflationszeit haben bei uns eine Fülle falscher Wirtschaftsvorstellungen großgezogen, von denen wir uns erst wieder befreien müssen, wenn wir ein richtiges Bild der wirtschaftlichen Lage gewinnen wollen. Besonders läppig sind all die Schlingengewächse ins Kraut geschossen, die auf dem merkantilistischen Boden einer Staatsauffassung wachsen, der die einzelnen Wirtschaften eines Volkes als eine geschlossene, einheitlich arbeitende und auch nach außen als Wirtschaftseinheit auftretende „Volkswirtschaft“ erscheinen. Man tut noch heute immer so, als ob es für die Frage der Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes ausschlaggebend sei, ob diese oder jene Rohstoffe (Wolle, Eisen etc.) aus deutschem Boden gewonnen würden oder vom Ausland gekauft werden müßten. Die Einbildung, als ob die Frage, wieviel Menschen in Deutschland leben können, irgend etwas zu tun habe mit der Frage, wieviel Getreide in Deutschland wächst, gewinnt andere Gestalt in der Vorstellung, daß es unter allen Umständen einen Vorteil für die deutsche Volkswirtschaft bedeute, wenn die Rohstoffe, die die deutschen Industrien brauchen, deutschen Ursprungs seien. All diese Vorstellungen gruppierten sich letzten Endes um die Geldtheorie, die die Wertfrage, die aber überhaupt nur eine praktische Bedeutung hat, solange ein Staat versucht, sein besonderes Geld zu haben und aus seiner Geldhoheit Einkünfte zu ziehen, und die sich erledigt in dem Augenblick, in dem er zum Weltgeld, das heißt zum Goldgeld, direkt oder indirekt zurückkehrt und seine Geldhoheit nur noch benutzt, um die Rolle eines ehrlichen Wechslers zu spielen.

Über alle Theorie hinweg sollte man die einfache Tatsache wieder anerkennen, daß in der kapitalistischen Wirtschaft

der Nahrungsbedarf eines Volkes bestimmt wird durch die sich ihm bietenden Arbeitsmöglichkeiten. In Deutschland können soviel Menschen leben, wie in Deutschland Arbeit finden. Arbeit aber werden die Menschen finden, die Produkte herstellen, die irgendwo auf der Welt, ganz gleich ob in Deutschland oder im Ausland verkauft werden können. Aber die Verkaufsmöglichkeit der Produkte entscheidet wiederum letzten Endes den Preis, zu dem sie angeboten werden. Die Frage der Lebensmöglichkeit der Deutschen wird also zu der Frage, ob sie ihre Produkte auf dem Weltmarkt zu Preisen anbieten können, die einerseits die Fortsetzung des Lebens und der Produktion ermöglichen, andererseits aber durch die Konkurrenz der Angehörigen anderer Nationen nicht unterboten werden. Tritt eine solche Unterbietung durch Fremde ein, so wird nach innen eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den an der Produktion Beteiligten darüber erfolgen, wer an der „Überschreitung der Weltmarktpreise“ schuld sei und auf welchen Kosten die Konkurrenzfähigkeit wieder hergestellt werden müsse.

Die Deutschen scheinen sich heute in dieser Lage zu befinden. Zum mindesten ist die Konkurrenzfähigkeit deutscher Ware nicht mehr im gleichen Umfange gegeben wie in der Vorkriegszeit. Statt diesen unbräutlichen Tatsachen ins Auge zu sehen, haben wir uns daran gewöhnt, uns hinter den Vorwand zu verschauen, daß die politische Konstellation (Machtverhältnis) den deutschen Kaufmann gegenüber seinen Konkurrenten ganz erheblich im Nachteil setze. Die Völker, in denen politische Herrschaft gleichbedeutend war mit wirtschaftlicher Monopolstellung, waren schon vor dem Kriege vor und sind auch heute noch nicht wiedergekehrt, trotz aller Redens über wirtschaftlichen Imperialismus.

Will man die Frage der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt prüfen, so darf nicht vergessen werden, daß der Schutz Zoll, mit dem sich ein Land umgibt, ja zum Teil allen ausländischen Konkurrenten die gleichen Hemmnisse in den Weg legt und nicht die Deutschen allein trifft, also zum Beispiel für die Frage der Konkurrenz zwischen Deutschen, Engländern und Amerikanern auf dem südamerikanischen Markt ganz ausschaltet. Ein Schutz Zoll, der ganze Imperien vollkommen gegen fremde Einfuhr abschließt, ist bisher nirgends durchgeführt oder auch nur ernsthaft in Erwägung gezogen. Es ist nicht die politische Konstellation, die unsere Stellung auf dem Weltmarkt gefährdet. Die Konkurrenzfähigkeit ist im wesentlichen eine Frage der Preisgestaltung.

Warum können die deutschen Unternehmer in manchen Fällen heute die gleiche Qualität nicht zu gleichen Preisen bieten wie die andern?

Als Antwort wird zum Teil irgendein Unkostenfaktor herausgegriffen und als der Schuldige bezeichnet, weil er augenblicklich gerade im Steigen begriffen ist — sei es der Lohn, seien es die Steuern. Natürlich kann die Herabsetzung jedes beliebigen Unkostenfaktors preisermäßigend wirken, und umgekehrt wird im allgemeinen das Steigen jedes Unkostenbestandteiles preissteigernde Tendenzen nach sich ziehen. Will man aber die eigentlichen Ursachen der mangelnden oder bedrohten deutschen Konkurrenzfähigkeit erkennen, so muß man sich schon die Mühe machen, aus den einzelnen Unkostenfaktoren diejenigen herauszugreifen, die sich tatsächlich zum Nachteil der deutschen Unternehmer verschoben haben.

Die der Produktion erwachsenden Unkosten kann man getrennt in Aufwendungen für Rohstoffe, eigentliche Herstellungskosten, Belastung durch öffentliche Abgaben und endlich den notwendig einzufließenden Gewinn, der sich praktisch oft als Zins für ausgenommene Kredite darstellen wird.

Die Rohstoffpreise sind für den deutschen Industriellen nicht höher als für seinen ausländischen Konkurrenten; denn es steht ihm ja frei, seine Rohstoffe da zu kaufen, wo sie sein Konkurrent auch kauft, und Transportkostenzuschläge mußte er vor dem Kriege ebenbürtig machen wie jetzt. Es gibt kaum ein Beispiel dafür, daß heute noch dem Käufer von Rohstoffen irgendwo wesentliche Schwierigkeiten gemacht werden, weil er Ausländer oder gar weil er Deutscher ist. Im allgemeinen ist man überall froh, wenn man seine Rohstoffe preiswert an den Mann bringt. Das Problem des Weltmarktes lautet nicht: wo finde ich jemand, der mir etwas verkauft, sondern immer: wo finde ich jemand, der mir meine Waren abnimmt. Man verschleierte die Sachlage, wenn man beispielsweise sagt: „England bekommt heute nicht mehr genügend amerikanische Baumwolle, weil Amerika seine Baumwolle selber braucht.“ Tatsache mag sein, daß große Teile der amerikanischen Baumwolle, die vor dem Kriege von englischen Textilfabrikanten direkt oder indirekt gekauft wurden, heute von amerikanischen Textilfabriken aufgekauft werden. Aber weshalb bekommen die englischen Fabrikanten die Baumwolle nicht mehr? Doch nicht etwa, weil der Amerikaner als Bürger der Staaten, aus denen die Baumwolle stammt, irgendwelche Vorkaufsrechte geltend machen könnte, sondern einfach weil er Preise bietet, die den Engländern zu hoch erscheinen. Und diese Preise sind ihnen zu hoch, weil die Preise, die sie für ihre fertigen Produkte zurückfordern können, nicht hoch genug sind, um die Rohstoffpreise nach Zuziehung der übrigen Produktionskosten zu erzielen. Weil sich das Verhältnis der übrigen Produktionskosten verschoben hat, deshalb können sie nicht mehr die gleichen Rohstoffpreise zahlen wie die Amerikaner.

Vor dem Kriege ermöglichten vielleicht technische Überlegenheit und niedrigerer Lohnstand der englischen Industrie einen Ausgleich des für sie durch die Transportkosten zu den Rohstoffpreisen hinzukommenden Aufschlags. Die während des Krieges entwickelte technische und arbeitsorganisationsmäßige Leistungsfähigkeit der amerikanischen Konkurrenten läßt das vielleicht heute nicht mehr zu. Es ist daher auch wiederum eine schiese

Darstellung der Folgen dieser Entwicklung, wenn man sagt: England muß versuchen, heute im eigenen Imperium neue Baumwollplantagen anzulegen, um seinen Bedarf decken zu können. Einmal werden neue Baumwollplantagen angelegt, weil die gestiegenen Baumwollpreise den Anbau auch da rentabel erscheinen lassen, wo er bisher zu kostspielig war, und zum andern wird es sich um Verträge englischer Industrieller handeln, irgendwo billigere Baumwolle zu produzieren, um billigere Rohstoffe zu haben als die Konkurrenten. Dabei wird es ihnen aber nur darauf ankommen, diese billigeren Rohstoffquellen wirtschaftlich zu beschaffen, ganz gleich, ob sie innerhalb der Grenzen des eigenen Staates liegen oder nicht; es sei denn die politische Beherrschung durch England notwendig, um ihnen billige Konzessionen zu sichern.

Unter den gleichen Gesichtspunkten ist die Frage zu beurteilen, inwieweit die deutsche Konkurrenzfähigkeit heute gefährdet ist infolge des Verlustes an Rohstoffgebieten, der Deutschland durch den Friedensvertrag betroffen hat. Soweit nicht besondere organisatorische Zusammenhänge einzelner Fabriken zerrissen wurden, schwächen diese Verluste nur dadurch die deutsche Konkurrenzfähigkeit, daß sie infolge von Verringerung der Tragfähigkeit für das Reich die aus dem Friedensvertrag herrührende Belastung mit öffentlichen Abgaben erschweren. Gerade diese Lasten aus dem Friedensvertrag, wie sie heute durch Dawes-Gutachten und Londoner Abkommen festgelegt sind, stellen die erste ernsthafteste Hemmung der deutschen Konkurrenzfähigkeit dar. Diese Lasten treiben in der Form von öffentlichen Abgaben, die die Unternehmungen zu leisten haben, die Preise in die Höhe. Oft genug wurde darauf hingewiesen. Sie sind heute in das Gesamtsystem der Besteuerung einbezogen, und alle Beschwerden über zu hohe staatliche Belastungen richten sich in erster Linie gegen sie. Allerdings sind auch die übrigen Staatsausgaben gestiegen, und wenn heute die deutschen Unternehmer behaupten, durch hohe Steuern und Abgaben sei ihre Konkurrenzfähigkeit bedroht, so haben sie zweifellos darin recht, daß die öffentliche Last heute wesentlich größer ist als vor dem Kriege. Es ist unumgänglich, sich ein genaues Bild von der Größe dieser Mehrbelastung zu machen. Immerhin lassen sich gewisse Grenzen abstecken, innerhalb deren sie liegen muß. Die Höchstgrenze muß sich verständlich unterhalb der Gesamtbelastung liegen, die überhaupt getragen wird. Die Einnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen, Abgaben und Verwaltungs-einnahmen werden im Rechnungsjahr 1924/25 7 Milliarden nicht wesentlich überschreiten. Rechnet man dazu noch etwa 8 Milliarden, die von Ländern und Gemeinden erhoben werden, so kommt man auf eine Gesamtlast von etwa 10 Milliarden. Selbstverständlich kann nur ein Bruchteil dieses Betrages tatsächlich als Mehrbelastung gefühlt werden. Es ist zu berücksichtigen, daß die gesamten Steuereinnahmen in Reich, Ländern und Gemeinden im letzten Jahre vor dem Kriege 5 Milliarden Mark betragen. Zudem darf nur ein Teil der Mehrbelastung unter „öffentliche Lasten“ als Unkostenfaktor für die deutschen industriellen Unternehmer verbucht werden, weil ja ein ganz erheblicher Teil dieser Summe gar nicht ihr Unkostenkonto belastet. Abzugswürdig wäre alles, was die anderen deutschen Wirtschaften beisteuern, also sicherlich ein Betrag von mehreren Milliarden, darunter auch alles das, was die Lohnempfänger bezahlen; denn selbst wenn dieser Teil letzten Endes aus den Preisen der Produkte bestritten werden muß, darf er doch auf dem Konto der Steuerbelastung nicht gezählt werden, da er ja auf dem Lohnkonto unter den direkten Herstellungskosten noch einmal wiederkehrt.

Aus der Nähmaschinen-Industrie

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Im September des vorigen Jahres ging dem Betriebsrat der Nähmaschinenfabriken eine vom Reichsverband Deutscher Maschinen - der, nebstbei gesagt, ein bedeutungsloses Dasein führt - verfaßte Entschädigung zu. In verschiedenen Betrieben wurde für den Betriebsrat von der Betriebsleitung ausgeschrieben. Die Entschädigung sollte den Zweck haben, die Betriebsräte und die Belegschaften gegen die Singer Co. zu schützen. Die Kollegen der übrigen Nähmaschinenfabriken sollten dagegen Einspruch erheben, daß sich die Singer Co. als deutsche Firma bezeichne. In der Entschädigung wurde darauf hingewiesen, daß es gerichtlich festgestellt sei, daß es sich bei der Singer Co. um eine amerikanische Gesellschaft handle. Durch den förmlichen Abzug insofern Singer-Nähmaschinen in Deutschland werde die deutsche Arbeiterschaft empfindlich geschädigt. Paragrafen und Arbeitslosigkeit in der deutschen Nähmaschinenindustrie seien die Folge. Zum Schluß wurde an die Behörden und die Schlichter die Aufforderung gerichtet, in erster Linie die Erzeugnisse der deutschen Nähmaschinenindustrie zu berücksichtigen. Die erfolgte Zustimmungsertklärung sollte dem in einer gegen die Singer Co. gerichteten Petition Verwendung finden. Der Vorstand des DMB warate kürzlich die Betriebsräte und die Belegschaften, daß für diese Entschädigung eingeleitet werden könne. Einmal dem Sinne dieser Entschädigung gestimmt werden sollte, kann hätte sich die Arbeiterschaft der Nähmaschinenindustrie gegen eine große Zahl deutscher Firmen wenden müssen, die sich unter maß-

gebendem Einfluß ausländischer Kapitals befinden. Weiter wies der Vorstand darauf hin, daß der Erfolg der Singer Co. auf ihrer kurzen Lieferzeit, der genauen Ausführung und der gut passenden Ersatzteile ihrer Maschinen beruhe. Des weiteren verfüge die Fabrik über eine sehr gut eingespielte Verkaufsorganisation, die weitestehende Entgegenkommen in die Annehmer zulasse. Demgegenüber hätten die anderen Nähmaschinenfabriken bis jetzt an einer gewissen Eigenbräulei festgehalten, anbau eine Kapitalisierung und Normung der Fabrikräte durchzuführen. Der Vorstand betonte schließlich, daß die deutsche Nähmaschinenindustrie ihre Bedeutung nur dadurch zurückerlangen und den Weltmarkt erobern könne, wenn die Firmen dazu übergingen, ihre Betriebe planmäßig auszubauen und ihre Erzeugnisse den ausländischen Überlegen zu machen, sie zu verbilligen, ihre Verkaufsorganisationen den heutigen Bedürfnissen anzupassen, mit einem Wort: der ausländischen Konkurrenz in jeder Beziehung die Spitze zu bieten.

Dieses Mandat des Vorstandes des DMB an die Betriebsräte der Nähmaschinenindustrie veranlaßte die Singer Co., in der Öffentlichkeit auszusprechen, daß der DMB sich für ihren Betrieb und ihre Erzeugnisse besonders eingelassen habe. Andere Betriebe der deutschen Nähmaschinenindustrie, vor allen Dingen der Herr Direktor Kramer von der Firma Köhler in Altenburg, hielten die Behauptung auf, daß der DMB leistungsfähig über die deutsche Nähmaschinenindustrie gestellt habe in seinem Rundschreiben sei eine bewußte Schädigung laufender deutscher Maschinenarbeiter enthalten. Herr Direktor Kramer erklärte weiter, daß es eine bewußte Unwahrheit sei, wenn behauptet werde, die Singer Co. sei in bezug auf Technik und Ausführung der Maschinen der deutschen Nähmaschinenindustrie überlegen. Er erwiderte fernerhin verächtlich den Vorwurf, das Rundschreiben stelle einen Reklametrakt für die Singer Co. dar.

Dazu ist folgendes zu bemerken: Wenn die Singer Co. das vom Vorstand des DMB an seine Betriebsräte verfaßte Mandat veröffentlicht und als Reklametrakt benutzt, so ist sie dazu in keiner Weise berechtigt. Wir haben festgestellt, daß die Singer Co. durch Betrugsanbahnung, mindestens aber durch eine unethische Handlung eines Betriebsratsmitgliedes in den Besitz des Rundschreibens, das nicht für die breite Öffentlichkeit, sondern ausschließlich für die Betriebsräte in dieser Industrie bestimmt war, gelangte.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat nicht die geringste Ursache, in den Streitigkeiten des Unternehmens zugunsten dieser oder jener Seite, dieser oder jener Fabrik einzugreifen. Wenn dennoch die Singer Co. unter Rundschreiben zu ihren Kunden anzuhalten sich bemüht, so ist dies eben eine Handlung, die jenseits des geschäftlichen Anstandes liegt. Dies soll hiermit festgestellt werden. Ein anderes Mittel, dagegen einzuschreiten, hat der Vorstand des DMB nicht.

Kein Steuerabzug für Abgangschädigung

Wird ein Arbeitnehmer gekündigt oder entlassen, so ist er nach § 84 des Betriebsvertragsgesetzes berechtigt, gegen diese Maßnahme Einspruch beim Gruppenrat zu erheben. Der Gruppenrat hat den Einspruch zu prüfen und, falls er ihn für begründet erachtet, mit dem Arbeitgeber durch Verhandlungen eine Verurteilung zu versuchen. Geht die Verurteilung nicht, so ist nach § 86 Abs. 1 des Betriebsvertragsgesetzes der Schlichtungsausschuß, welcher das Arbeitsgericht zur Entscheidung anrufen. Nach § 87 des Betriebsvertragsgesetzes, wenn die Entscheidung dahin geht, daß der Einspruch gegen die Kündigung gerechtfertigt ist, zugleich für den Fall, daß der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung ablehnt, ihm eine Entschädigungspflicht aufzuerlegen.

Es entsteht nun vielfach Streit darüber: Ist der Arbeitgeber berechtigt oder gar verpflichtet, dem Arbeitnehmer von der auszusprechenden Entschädigung Steuern abzugestehen? Weiter entsteht vielfach Streit darüber, welche Höhe der Steuerabzug zu betragen habe oder welcher Betrag steuerfrei sei. Die bisher getroffenen Entscheidungen sind sehr verschieden.

In erster Linie kommt für die Beurteilung in Frage, ob die Entschädigung als Arbeitslohn oder als Schadenersatz gemäß § 823 BGB anzusehen ist. Handelt es sich um Arbeitslohn im arbeitsrechtlichen Sinne, dann kann der Lohnsteuerabzug in Frage, wenn es sich aber um einen Schadenersatz für entgangenen Lohn handelt, nicht. Dr. Platons Kommentar zum Betriebsvertragsgesetz (Seite 221, Jubiläumsausgabe) bejaht die Abgangspflicht unter Bezugnahme auf eine Entscheidung des Reichsfinanzministers vom 20. Dezember 1920. Der Reichsfinanzminister hat am 30. Juni 1923 entschieden, daß die Abgangschädigung nach § 87 des Betriebsvertragsgesetzes nicht dem Lohnsteuerabzug unterliegt. Wörtlich heißt es in der Begründung des Reichsfinanzhofes: Entschädigungen dieser Art müssen nach einem auf der Durchsicht der aufgegebenen Einkommensteuergesetz Revision sein. Und der Reichsfinanzminister hat durch einen Erlaß vom 20. Oktober 1923 (Reichssteuerblatt Nr. 28, Seite 381) erklärt, daß er ausdrücklich damit einverstanden ist, daß der Steuerabzug von der Abgangschädigung gemäß § 87 des Betriebsvertragsgesetzes nicht verlangt wird. Nach diesem Erlaß des Reichsfinanzministers darf also der Arbeitgeber von der Entschädigung keine Steuern abziehen, sondern muß den vollen, durch Urteil festgestellten Betrag an den Arbeitnehmer auszahlen.

Beheizung einer Stadt durch Erdwärme. Der Kosmos berichtet über einen Versuch, Städte durch Erdwärme zu beheizen. In 5000 Meter Erdtiefe finden wir eine Wärme von 150 Grad. Würde einem Meter in dieser Tiefe Wasser zugeleitet werden, könnte man Dampf erwideln und diesen durch eine Ableitung den Häusern und Fabriken mehrerer Städte zuführen.

Über Eisenprüfung

In der modernen Technik hat das Eisen eine bedeutende Entwicklung erfahren, und man kann die Verbesserung der bekannten Eigenschaften des Eisens als unerschöpfliche betrachten. Bei der Prüfung von Eisen wird man in der Hauptsache drei Verfahren anzuwenden haben, und zwar die Zug-, Biege- und Schlagprobe. In der Geschichte der Eisenprüfung dürfte die Zugprobe wohl als das älteste Verfahren zu bezeichnen sein, früher als Handprobe bekannt. Später war nichts weiter, als daß man das Versuchsstück mit einem Hammer ansetzte. In der Gegenwart gelangt die Zugprobe mehr und mehr zum Einsatz für die Prüfung. Die Zugprobe unter sich zerfallen wieder in verschiedene Arten. Je nach dem Härte- und Bruchzustand der Probe hat man zu unterscheiden: Kaltzugprobe, Warmzugprobe, Warm- oder Kaltbruchprobe, auch Schlagprobe genannt.

Die Kaltzugprobe hat die Aufgabe, gewisse Festigkeit des Eisens zu ermitteln, die in der Regel einen zu hohen Festigkeitsgrad für Zwecke hat. Der Versuch läßt sich auf zwei verschiedene Arten durchführen: entweder man prüft das Eisen im Schraubzugapparat oder man läßt es sorgfältig im Geschiebes oder im Holzbohlenzweig. Die Spannung zur Veranschaulichung einzelner Prüfungsversuche hat empfindlich, das Versuchsstück nur dann zerbrechen, wenn gleichzeitig auch die Schlagprobe mit dem Eisen durchgeführt wird. Als Beispiel hat bei Eisen nicht unter 20 Grad Celsius zu wählen. Man nicht ungeschicklichen Umgang ist die Dauer der Belastung. Nach dem man die Größe des Festigkeits des Eisens, aus bestimmten Gründen, einzuweisen zu, sofern das Eisen zerbricht und zerfällt. Die Bruchprobe hat zum Zweck, die Festigkeit des Materials bei der Beanspruchung in einem geringeren erwiderten Zustand festzustellen. Die Wärme wird in der Regel eine Steigerung der Festigkeit des Materials, andererseits eine Abnahme der Dehnbarkeit zur Geltung bringen. Allgemein muß man für die Normung des Versuchs vorzuziehen etwa 300 Grad Celsius. Als Kennzeichen des richtigen Wärmegrades kann man bei einer festgelegten Länge eine rote oder gelbe Anlauffarbe betrachten.

die dann blauweiß wird, um zuletzt ins Dunkelblau überzugehen. Letztere Farbe muß sich einige Zeit als dauernd erweisen. Bei zu hoher Probe tritt entweder gar keine Anlauffarbe auf oder die blaue Farbe tritt wieder zurück. Stellt sich dagegen eine purpurrote oder bräunliche Anlauffarbe ein, die einige Zeit unverändert bleibt, so beweist das eine zu hohe Probe. Für die Ermittlung der Festigkeit des Materials im warmen Zustand dient die Warm- oder Schlagprobe. Die Ursache der Festigkeit des Eisens ist, wie bekannt, ein zu großer Gehalt an Kohlenstoff, beim Flusseisen kann der Gehalt auch Eisenphosphor sein. Beim Flusseisen spielen die Bruchstellen vorwiegend in der Nähe des Kerns zu liegen, so daß man sich bei der Prüfung von Flusseisen weit auf die Kernzone beschränken kann. Sofern das Material schon in der Warmzone mit Bruchfähigkeit behaftet ist, wird sich diese bereits beim Walzen zeigen. Die beim Schmelzen zu beachtende Festigkeit geht in einem Gehalt bestimmter Stoffe aus, was beim Schmelzen: Festigkeit des Materials bestimmt. Wird derartiges Material in kleineren Quantitäten angewandt, so werden bestimmte auf, die man schrittweise als Probebeispiel betrachten für die Warmzugprobe ist das Material auf Festigkeitsprüfung zu bringen, worauf man das Eisen nach dem Beispiel der Warmzugprobe in einer Hitze läßt.

Man muß sich der Bedeutung für die Frage ist die Härteprobe oder Schlagprobe, welche Auskunft über die Härte des Materials zu geben hat. Bei der Durchführung der Probe haben die Versuchsstücke eine gleichmäßige Hitze zu erhalten; alsdann wird das Versuchsstück in Wasser von 25 bis 30 Grad Celsius vorgekühlt. Der Grad der Erweichung vor dem Abbrechen wird als Erweichungsmaß bezeichnet, und ist diese für das Ergebnis maßgebend von größer Bedeutung.

Bei Untersuchungen geht es hervor, daß das Flusseisenmaterial bei Eisen bei etwa 1500 Grad Celsius liegt. Metallurgische Untersuchungen zeigen, daß Flusseisen Eisen erweichen, daß das Flusseisen erweichend verändert werden anzusetzt. Nach letzterem Ergebnisse zeitigen sich 2 bis 3 Minuten, mit gewöhnlichem Schmelzmittel vorgekommene Probe. Das Flusseisen dieses Eisens bestand aus 0,81 % Kohlenstoff und 0,2 % Phosphor, aus 0,2 % Phosphor und 30 % Zinn. Bei 700 Grad Celsius war nach erfolgreichem Abbrechen

Der Anteil der Löhne am Preise des Produktes

Die Zeitschrift „Die Wirtschaftskurve“ bringt vierteljährlich Ermittlungen über die Preisentwicklung und den Anteil des Lohnes an dem Preise des Produktes für einzelne Warengruppen. Die Ergebnisse der letzten Mitteilungen über Spinnerei und Weberei sind besonders interessant. In der Spinnerei und Weberei, wo im übrigen der Lohnanteil im Verhältnis zu den Materialkosten an sich sehr gering ist (bei der Spinnerei weniger als 4 %, bei der Weberei weniger als 7 %) der Gesamtlöhne, ging der Lohnanteil im November und Dezember gegenüber Oktober zurück. Im Oktober erfolgte größere Lohnsteigerungen, als es die Steigerung der Materialpreise entsprachen hätte. In den folgenden Monaten stiegen umgekehrt die Verkaufspreise mehr als die Löhne. Es wird bemerkt, daß, wenn man die Verhältnisse am Anfang und am Ende 1924 vergleicht, der Lohnanteil im Dezember um über 40 % höher ist als im Januar. Man muß sich dabei aber daran erinnern, daß im Januar 1924 der Lohn der damals noch ungeheuer hohen Preise erst begonnen hatte und die Preise noch außerordentlich hoch standen, während die Löhne einen Tiefstand, der nur für eine sehr kurze Zeit zu ertragen war, anzukam. Der Anteil der Gehälter der technischen und kaufmännischen Angestellten an dem Warenpreise war aber auch Ende des Jahres 1924 nur sehr wenig höher als am Jahresanfang, worin sich neben den niedrigen Gehältern auch die Wirkung des Angebotsabbaus zeigt. Die Ergebnisse der Erhebungen für die Webereiindustrie sind in der Hauptsache dieselben. Die Materialkosten erhöht sich seit dem Kriege sehr wesentlich um 20 und 30 %, dagegen bleibt die Lohnhöhe seit 1914 um 1,2 % zurück. Dem entsprechend hat sich auch der Anteil des Lohnes an dem Produkt vermindert. Im letzten Quartal 1924 war auch in der Webereindustrie ein Ansteigen des Lohnanteils zu beobachten.

Welche Länder sind Deutschlands größte Abnehmer und Lieferanten?

Aus dem kürzlich bekanntgegebenen amtlichen Zahlen ersieht man, daß im Jahre 1924 die Vereinigten Staaten von Amerika der größte Abnehmer, während Holland der größte Warenabnehmer Deutschlands war. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland betrug einen Wert von 1750 Millionen Mark oder 18,7 % der gesamten deutschen Einfuhr; die Ausfuhr von Deutschland nach Holland betrug sich auf 680 Millionen Mark oder 9,8 % der gesamten deutschen Ausfuhr. In der Reihe der Lieferanten folgten den Vereinigten Staaten folgende Länder (Einfuhr nach Deutschland in Millionen Mark): England (880), Frankreich (730), wovon aber 514 auf Schiff-Lieferungen entfallen, Argentinien (520), Holland (480), Tschechoslowakei (440), Polen (400), davon Österreich (340), Italien (370). In der Reihe der Abnehmer stand Holland, wie erwähnt, an erster Stelle; ihm folgten (Ausfuhr aus Deutschland in Millionen Mark): England (610), Vereinigte Staaten (610), die Schweiz (580), Tschechoslowakei (580), Österreich (520), Dänemark (300), Schweden (200). Man kann im großen und ganzen sagen: Deutschland versorgt sich mit Rohstoffen, Halbfabrikaten und Lebensmitteln in der Hauptsache bei einigen wenigen Ländern, die ihm in dieser Form Kredit erteilen (Amerika, England), oder die sich ehemals deutsche Gebiete (Schiff-Lieferungen, Österreich, Tschechoslowakei) einverleibt haben, welche auf Grund des Friedensvertrages freies Einfuhrrecht nach Deutschland behielten; hingegen verteilen sich Deutschlands Absatzgebiete ziemlich gleichmäßig auf die ganze Welt. Deutschland ist nämlich der schwächere Partner im Weltmetallmarkt, der Beflegte, der Kreditgebende. Die härteren Länder zwingen ihm ihre Waren auf, während sie sich andererseits vor den deutschen Waren wehren: sei es durch staatliche Zölle, sei es in Form der als Kriegserbfolge gebliebenen privaten Angst oder Abneigung (daher vielleicht auch der Vorrang des kleinen Hollands, als Vermittler). Und doch müssen die Dawes-Milliarden aus dem deutschen Exportüberschuß bezahlt werden! Es bleibt abzuwarten, ob die neuen Handelsverträge, die jetzt zwischen Deutschland und einem Dutzend wichtiger Länder hier Wandel schaffen, die deutsche Ausfuhr erleichtern.

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Autoindustrie

Eine der deutschen Industrien, die von dem Auslandes stark in den Hintergrund gedrängt wurde, ist die Automobilindustrie. Wenigstens vermochte sie trotz aller Beschuldungen den Vorrang der anderen nicht einzubüßen. Dies wird wieder einmal an der Einfuhrstatistik der Schweiz deutlich bewiesen. Die Schweiz führte im Jahre 1924 für 51 Millionen Goldfrank Automobile ein. Davon kamen aus:

Frankreich	für 19000000 Goldfrank
Italien	18000000
Nordamerika	11000000
Deutschland und Österreich	4000000
England	2000000

Da die Zahlen für Deutschland u. d. Österreich zusammengefasst sind, läßt sich der deutsche Anteil nicht genau feststellen. Selbst wenn man von der auf diese beiden Länder entfallenden Summe Deutschland drei Viertel zusprechen wollte, dann beträgt der Anteil Deutschlands an der Automobileninfuhr nur kaum 6 %. Demgegenüber lieferten Frankreich und Italien zusammen 67 % der Gesamteinfuhr. Man vergleiche vor allem den Vorrang der italienischen Autoindustrie, die zu einer der stärksten zählt und vor dem Kriege kaum im hintersten Umfange entwickelt war. Wenigstens stand sie damals immer der deutschen sehr weit zurück. Und dies alles trotz - oder wegen - der niedrigen Löhne in Deutschland. Es wird dadurch einmal mehr bestätigt, was wir hier wiederholt behaupteten, daß die technische Ausrüstung und die Arbeitsorganisation unserer Automobilfabriken weit zurückgeblieben ist.

das Perlit in Martensit übergegangen. Der Gehalt des letzteren liegt bei 800 Grad Celsius teilweise bis auf 44 %, bei 900 Grad Celsius wohl auf die vollständige Umwandlung in Martensit. Nimmt man unter 650 Grad Celsius liegende Abkühlungen vor, so gleichen die Einwirkungen auf Gefüge und Kohlenstoff nur dem Ergebnis einer langsamen Abkühlung. In Berücksichtigung des letzteren ist es üblich, den Proben die Dunkelstochprobe, als 550 bis 650 Grad Celsius zu geben. Hierbei ist besonders darauf zu achten, daß zu den Proben kein Wasserstoff Zutritt hat. Nach Flusseisen auf eine Hitze von 700 bis 1000 Grad Celsius gebracht, so nimmt das Material aus der Umgebung Wasserstoff auf, der beim Abkühlen im Eisen verbleibt, wodurch das Flusseisen leicht brüchig wird. Rißt man darauf erhitztes Flusseisen jedoch langsam erkalten, so scheidet der Wasserstoff von selbst wieder aus. Zum Glück ist man in der Lage, der lästigen Einwirkung des Wasserstoffs beim Flusseisen zu begegnen. Erwärmt man das Eisen erneut bis auf 100 Grad Celsius, so löst sich der größte Teil des Wasserstoffes aus; wendet man Rotglut unter Zulassung von Stickstoff oder Luft an, so gelangt eine vollständige Befreiung des Wasserstoffes. Je kostentochwermer das Eisen ist, um so leichter wird diese Befreiung des Wasserstoffes durchzuführen sein.

Für die Eisenprüfung hat sich die sogenannte Eisenprobe von großer Bedeutung erwiesen. Wie bekannt, erhält das Probeblech hierbei auf der durch Zug beim Biegen beanspruchten Seite einen 1 mm tiefen Einschnitt, der von einem Rande zum andern läuft. Hierbei ist es ganz gleichgültig, ob dieser Einschnitt durch Zellen Einbohren oder mittels eines Reibstahls hergestellt wird. Beim Flusseisen ist eine Veränderung der molekularen Beschaffenheit des Eisens durch den Druck nicht ausgeschlossen. Der Wert der Eisenprobe gegenüber der Biegeprobe ist unvorzuleugend. Stünden befristet darin, daß die unter dem Einschnitt ruhende Schicht sich wenig aber gar nicht dehnt. Es tritt vielmehr ein Einreißen der Schichten nach und nach ein, wobei das äußere der Anbruchsstellen nach dem Schluß auf die Beschaffenheit des Materials zutrifft. In dieser Hinsicht hat sich die Eisenprobe als ein gutes Mittel erwiesen, feine Homogenität und Festigkeit nachzuweisen, besonders beim Vorhandensein nicht verschweißter Blasen. Letztere erlangen für Feuerbohrer besondere Bedeutung, da sie die Wärme ungleichmäßig fortteilen und auch der Ab-

Italiens Industrialisierung

Italien hat sich als Industrieland bedeutend später entwickelt als England und Deutschland. Die industrielle Ausdehnung erfolgte in der Hauptsache in den Jahren 1900 bis 1913. Über auch nach dem Kriege ist die italienische Industrie stark fortgeschritten. Insbesondere zwei industrielle Wirtschaftszweige, das Automobilgewerbe und die Kunstseidenindustrie. Für die Abnahme von Kunstseide kommt besonders das Ausland in Frage. Im Turiner Bezirk gibt es Fabriken, die sich auf eine Produktion von 50 000 Kilogramm den Tag eingerichtet haben. Auch die Automobilindustrie arbeitet stark für die Ausfuhr. So schätzt man den Abzug nach dem Auslande für 1924 auf rund 20 000 Fahrzeuge. Stark entfaltet hat sich überhaupt die ganze Textilindustrie (Wolle, Leinen), die vor allem jetzt eine gute Beschäftigung aufweist. Große Fortschritte weist auch die elektrotechnische und die chemische Industrie auf. Hier hat man besonders die Stickstoffzucht aus der Luft nach dem Hauserischen Patent ausgebaut.

Um sich ein Bild über Italiens Wirtschaft zu machen, muß man berücksichtigen, daß sich der Konsum an Industriewaren in Italien in kürzester Zeit verdoppelt hat. Daraus erklärt sich die Verzahnung der Kohleneinfuhr gegenüber den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts und die Verachtlichung der Einfuhr von Schwermetallen, ein Zeichen für die Mechanisierung der ganzen Warenerzeugung. Die industrielle Leistung kommt hauptsächlich in der Außenhandelsbilanz zum Ausdruck. Soweit Industriewaren in Frage kommen, verhielt sich vor dem Kriege die Ausfuhr zur Einfuhr wie 4:7, heute aber wie 5:3. Der Wert der ganzen Industrieproduktion wird heute auf 8 Milliarden Goldlire geschätzt, gegenüber kaum einer halben Milliarde in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Ein besonderes Problem Italiens stellt die Agrarfrage dar. Die landwirtschaftlichen Kreise Italiens betrachten die Unterschiede der jährlichen Getreideproduktion, die hauptsächlich durch atmosphärische Schwankungen hervorgerufen werden, an und für sich nicht als bedenklich. Sorge macht ihnen nur die Schwierigkeit der Beschaffung der für den inneren Verbrauch überhaupt notwendigen Mengen. Wenn Italien die dauernde Sicherheit besäße, seinen Bedarf jederzeit im Ausland decken zu können, bestände die Möglichkeit, die dadurch entstehende finanzielle Belastung durch Hebung der Produktion leicht auszuführender landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu vermindern. Aber gegenüber der immer stärker werdenden Nachfrage nach Ackergetreide — Ausland muß noch auf Jahre hinaus an sich selbst denken — wird das verhältnismäßig leicht zu lösende Finanzproblem zu einem Problem der Beschaffung überhaupt. Unter dem Druck dieser Erkenntnis verstärkt sich der Ruf nach landwirtschaftlichen Reformen, besonders für die Gegenden Südtaliens, wo noch heute der an uralten Arbeitsweisen hängende Bauer sich jeder Neuerung widersetzt. Italien könnte seinen Bedarf an Brotgetreide selbst decken, wenn es gelänge, den Ertrag je Hektar durchschnittlich auf die nicht hohe Menge von 15 Doppelzentnern zu steigern. Bei den Fortschritten der landwirtschaftlichen Technik wird die Erreichung einer solchen Menge von den italienischen Fachleuten trotz der geographisch und meteorologisch ungünstigen Lage, in der sich ganze Provinzen Italiens befinden, durchaus für möglich gehalten.

Die industrielle Entwicklung ist durch den Sturz des Straßens, ähnlich wie jetzt in Frankreich und früher auch in Deutschland, äußerst begünstigt worden. Das kommt vor allen Dingen für die Ausfuhr in Frage. Die Inflation beruht, wie aus unserer Darlegung hervorgeht, nicht auf einer schlechten Wirtschaftslage, sondern vielmehr in den Staatsfinanzen, auf die Italiens Kriegsschuld und die noch nicht geregelte Frage der internationalen Verschuldung drücken.

Die italienische Schwerindustrie ist, wie wir gezeigt haben, durchweg jungen Datums. Dementsprechend hat sie auch alle Mängel der frühkapitalistischen Entwicklung, wie auch die Arbeiterbewegung in Italien an und für sich die Kinderkrankheiten noch nicht ausgetreten hat. Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß die günstige industrielle Entwicklung kein Gegenstand in der Wirtschaft und sozialen Lage der Massen hat. Infolge des Unterschiedes zwischen der Inlandsbewertung der Lira und ihrer Auslandsbewertung wird die ganze Inflation in den Dienst der industriellen Ausdehnung gestellt, was für die Arbeiter als Belastung in Form einer Kürzung des tatsächlichen Lohnes in Erscheinung tritt. Die letzten Jahre werden gekennzeichnet durch folgendes Bild: Emporstreben der Industrie auf der einen Seite, auf der anderen Seite eine um sich greifende Neuerung und eine ungeheure Belastung der Massen.

Des Menschenschlechts Brandmal alle Jahrhunderte hindurch, der Süde lauertes, schreckliches Dahngeächter ist der Krieg.
E. O. Kloppeck.

Die internationale Kohlenfrage

Es ist kein Zufall, daß längst die Vorkämpfer der Bergarbeiterorganisationen verschiedener Länder gleichzeitig zusammengetreten sind, um äußerst wichtige Beschlüsse zu fassen. Die Lage auf den Kohlenmärkten ist allwärts äußerst kritisch, und wenn es eines Beweises bedürfte, ist hier immer noch mitten in den Schwierigkeiten der durch den Krieg hervorgerufenen allgemeinen Wirtschaftskrise stehen, so wäre er durch die internationale Kohlenfrage erbracht. Bestenfalls können alle Krisenursachen auf die schlechte Organisation der Produktion und Verteilung gebracht werden. Während des Krieges wurden um der „gemeinsamen Sache“ und des „Sieges“ willen notgedrungen von den beiden feindlichen Ländergruppen für die Produktion und hauptsächlich für die Verteilung gewisse Richtlinien aufgestellt, nach Beendigung des Krieges trat jedoch die nationale Selbstsucht mit doppelter Stärke wieder zutage. Schon die im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag aufgestellten Bestimmungen über die Reparationslasten wurden ohne Rücksicht auf die allgemeine und voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung, sondern lediglich im Hinblick auf gewisse Vorteile so kurzfristig abgefaßt, daß sie jene, denen sie Nutzen bringen sollten, nach kurzer Zeit sogar in Verlegenheit brachten. Die Ruhrbesetzung lieferte die Grundlagen für weitere Vermehrungen und Scheinbinden, denen man ihren Lauf ließ, weil einzelne Länder daraus Nutzen ziehen konnten und im künftigen hofften, vom nachträglich zu erwartenden Kohlenmangel verschont zu bleiben. In der Unternehmerrhetik dachte niemand daran, daß diese künstlich geförderten Fiebererscheinungen den ganzen Körper des europäischen Wirtschaftslebens so schwächen würden, daß eine allgemeine Reaktion eintritt und auch alle in Mitleidenschaft ziehen mußte. Niemand hörte auf die Forderung der Arbeiter auf eine vernünftige Verteilung der Kohlen, besonders der Kohle.

Nun hat sich allerdings das Blatt gewendet. Die künstlich geschaffenen guten Abnahmeverhältnisse bestehen nicht mehr, England hat mehr als 100 000 arbeitslose Bergleute und 260 stillgelegte Zechen. Der Absatz sinkt. In Deutschland beläuft sich der Bestand der unverkauften Kohle auf 7 1/2 Millionen Tonnen. Die Stockung nimmt bedrohliche Formen an. Die arbeitstäglige Förderung, die im Dezember 1924 870 000 und im Januar 1925 870 000 Tonnen betrug, stellte sich im Februar nur noch auf 344 000 Tonnen. In Belgien meldet man Berichte in der Höhe von 1 500 000 Tonnen. Für Frankreich sind die Reparationskostenleistungen eine Sorge geworden. In England werden sogar Stimmen laut, die aus exportpolitischen Gründen eine Erziehung der Reparationskostenleistungen durch Verzögerungen verlangen. Holland ist in einer so schwierigen Lage, daß es auf jede Tonne Kohle 1 Gulden Verlust budget muß.

Unzweifelhaft können für die jetzige Lage auch einige natürliche Ursachen angegeben werden. Es muß auf den außerordentlich milden Winter hingewiesen werden, auf den Rückgang im Verbrauch von Dampfkraft infolge der zunehmenden Beheizung der Schiffe mit Öl usw. Dies sind aber bei einer Krise von diesem Ausmaß keine ausschlaggebenden Ursachen. Die Grundursache bleibt die unzulängliche Organisation von Produktion und Verteilung. Diese sind schuld an der schlechten Weltwirtschaftslage, an den hohen Eisenachtarifen und der allgemein verminderten Nachfrage. Es handelt sich um einen der Rückschläge, die nie ausbleiben werden, solange das Wirtschaftsleben auf Raubbau und Privatgewinn aufgebaut ist.

Die Opfer der Inflation sind natürlich vor allem die Arbeiter. Ihre Lage ist bei solch allgemeinen Rückschlägen eine schwierige und erfordert viel tatkräftiges Handeln. Da die vordersten Stellungen äußerst bedroht sind, muß getrachtet werden, die hinteren Stellungen so auszubauen, daß sie eine höhere Rückendeckung gegen neue Fortschritte darstellen. Dies ist zum Beispiel der Sinn des Beschlusses des außerordentlichen Kongresses der belgischen Bergarbeiter, die entweder einen Lohnantrag annehmen müssen, um damit den im Jahre 1920 erzielten Vertrag über die Mindestlöhne zu retten, oder diesen Antrag ablehnen und damit die letzte Rückendeckung, den Vertrag von 1920 preisgeben müßten. Was das letztere und damit die Einleitung von großen Kämpfen bei den gewaltigen Vorräten bedeuten würden, ist nicht schwer vorzutauschen. Auf Grund des nun geschlossenen Beschlusses werden wahrscheinlich, wie bereits gesagt, die Löhne gewisser Gruppen herabgesetzt, die anderer Gruppen hingegen heraufgesetzt werden.

Was die Konferenz der englischen Bergarbeiter sprach sich in diesem Sinne aus, indem sie eine einheitliche Politik festlegte und die Arbeiterpartei aufforderte, dafür zu sorgen, daß in dem dem Parlament zu unterbreitenden Gesetz betr. die Mindestlöhne für Bergarbeiter Höhe von 11 Schilling den Tag für Untergrubenarbeiter, von 10 Schilling für Übergrubenarbeiter und 12 Schilling für Stichtarbeiter festgelegt werden. Als Mindestlohn kommt demnach der Durchschnittslohn des Jahres 1914 unter Berücksichtigung der eingetretenen Erhöhung der Lebensunterhaltskosten in Betracht.

Auch in Holland wird von den Grubenbesitzern eine Lohnkürzung von 10 % beantragt. Der Sach soll geringer sein, falls sich die Gewerkschaften auf eine — Verlängerung der Arbeitszeit einlassen. Die Verhandlungen nehmen noch ihren Fortgang. Die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen haben ihre Stellungnahme noch nicht endgültig festgelegt. In Deutschland sind die Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen belamäht bereits geschwunden und der durch neue, schwere Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kohlenhandels angeregte Konfliktstoff stellt die Kohlenindustrie des Ruhrgebietes vor neue Erschütterungen.

Arbeiterurlaub in Großbritannien

Die *Ministry of Labour Gazette* (Organ des Arbeitsministeriums) gibt eine Übersicht über die zurzeit in Großbritannien geltenden Tarifverträge, die Bestimmungen über die Gewährung eines bezahlten jährlichen Urlaubs enthalten. Hiernach enthalten 27 Reichsverträge und 26 Gebietverträge solche Bestimmungen. Die Länge des Urlaubs beträgt 3 bis 13 Tage und ist in den meisten

Fällen an die Bedingung einer 6- bis 12monatlichen ununterbrochenen Beschäftigung in demselben Betrieb geknüpft. Die Bezahlung des Urlaubs ist verschiedentlich geregelt. Die in Zeitlohn beschäftigten Arbeiter erhalten allgemein ihren vollen Tages- oder Wochenlohn, während die Akkordarbeiter gemäß ihrem Durchschnittsverdienst der letzten 8 bis 6 Monate entschädigt werden. In den meisten Verträgen wird bestimmt, daß die Gewährung des Urlaubs innerhalb einer näher festgesetzten Jahreszeit erfolgen muß.

Einige Verträge bestimmen, daß Arbeiter, die Anspruch auf Urlaub haben, aber vorher das Arbeitsverhältnis lösen, Recht auf eine dementsprechende Entschädigung haben. Einige andere Verträge, so zum Beispiel für die Schuhindustrie, sehen die Erreichung eines Urlaubsfonds vor, an den sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter während 48 Wochen des Jahres gemäß der Höhe ihres Verdienstes Beiträge zu entrichten haben. Eine besondere Regelung besteht für die Schriftgießer in London, die während 60 Wochen des Jahres 50 Stunden arbeiten, aber nur Lohn für 48 Stunden erhalten, indem der Ertrag der beiden anderen Stunden für den Urlaub referiert wird.

Außer den hier angeführten Tarifverträgen gemäßen auch ein ganz Reihe von Einzelunternehmern ihren Arbeitern einen jährlichen bezahlten Urlaub. Die Zahl der Lohnarbeiter, für die Urlaubsbestimmungen bestehen, wird auf circa 1 1/2 Millionen geschätzt. Bei dieser Zahl sind nicht berücksichtigt die zahlreichen Bureau-, Geschäft- und anderen gegen Gehalt Angestellten, bei denen die Gewährung eines jährlichen bezahlten Urlaubs im allgemeinen üblicher ist als bei den Lohnarbeitern.

Flugzeuge für Arbeiter!

Der amerikanische Automobilfabrikant Henry Ford geht zum Bau von Flugzeugen über. Er hat den Ehrgeiz, Flugzeuge herzustellen, die wie seine Kraftwagen von jedem Manne oder Frau gekauft und gefahren werden können. Er sagt voraus, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo jeder (amerikanische) Arbeiter von seinem ländlichen Wohnort zu seinem Arbeitsplatz so fliegen kann, wie er jetzt im Automobil aus dem Vorort zur Fabrik fährt.

Vor ein paar Wochen wurde bekannt, daß Ford in seinem Detroit Werk mit der Herstellung eines eigenen Typs von Flugzeugen beginnt, das mit andern Vorzügen den des niedrigen Preises verbindet. Die Werkstätten sind schon ausgelegt und im Bau. Die ersten fünf oder sechs dieser neuen Flugzeuge werden noch dieses Jahr fertiggebracht und zum Verkauf gestellt werden.

Das Flugzeug ist aus einem Kupflast von 1500 englischen Pfund oder zehn Personen einschließlich des Führers berechnet. Es wird aus einem leichten Metall, aus Duraluminium bestehen. Seine Schnelligkeit soll 800 englische Meilen betragen. Der Mechanismus soll so einfach wie der eines Fordischen Automobils sein. Die Steuerung wird mit einem Handrad und zwei Fußtrittchen besorgt. Die Kabine erhält bequeme Sitze, die, wie in den Schlafwagen mancher Eisenbahnen, herausgezogen und zur Liegeflächen umgewandelt werden können. Damit der Leichtigkeit des Duraluminiums, das ist eine Legierung aus 94 Teilen Aluminium, 4 Teilen Kupfer und etwas Magnesium oder Kobalt, wird das Flugzeug nur etwa 35 Zentner, das ist noch weniger als ein überdachtes Personenauto, wiegen. Um das Land bei einer Fahrgeschwindigkeit von 45 bis 50 englischen Meilen, also in kürzester Zeit und mit geringster Erschütterung zu ermöglichen, erhält das Flugzeug ein neues schiffartiges Untergerüst mit sehr breiten und sehr elastisch bereiften Rädern.

Die ersten paar Flugzeuge sollen, obwohl sie alles in allem 100 000 Dollar kosten werden für 25 000 Dollar abgegeben werden. Später, wenn alles gehörig ausprobiert und zur Massenherstellung übergegangen ist, soll der Preis schrittweise, zunächst auf 12 000, dann auf 6000 Dollar herabgesetzt werden. Schließlich soll sich die Gewichte des fallenden Preises des Fordischen Automobils, das ist durch die Billigung des Erzeugnisses und Steigerung der Massenabsatzes durch Erhöhung der Abnahme wiederholen. Den jetzigen Veräußerern der Kraftwagen wird schließlich auch die Berechtigung der Flugzeuge übertragen werden.

Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Soeben ist das Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes für 1925 erschienen (250 Seiten, 10 Mk.), das das vollständige Jahrbuch der internationalen Gewerkschaftsbewegung genannt werden kann. Ende 1923 waren dem Internationalen Gewerkschaftsbund 23 gewerkschaftliche Landeszentralen mit 885 Organisationen und insgesamt 15 821 693 Mitgliedern angeschlossen. Bei 14 687 145 Mitgliedern wurden Angaben über den Zell der männlichen und weiblichen gemacht. Von dieser Zahl gehören 12 507 426 oder 85,2 % dem männlichen und 2 179 719 oder 14,8 % dem weiblichen Geschlecht an. Die Gesamtzahl aller Richtungen der Gewerkschaften Organisierten betrug Ende 1923 34 489 380. Von dieser Zahl gehörten 16 490 121 der Arbeiterpartei an, während 5 245 880 den kommunistischen Gewerkschaften (hauptsächlich in Rußland), 2 264 583 der christlichen und 404 700 der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen waren. Die restlichen 11 970 027 setzen aus neutralen Standpunkt. In Österreich kommen auf je 100 Einwohner 17 Organisierte, in Deutschland 15,3, in England 13,3, in Australien 12, in der Tschechoslowakei 11,1 und in Belgien 9,9. In den Ländern mit weniger entwickelter Gewerkschaftsbewegung gehören Argentinien, Finnland, Bulgarien, Portugal, Jugoslawien, Peru, Rumänien, Südafrika, Brasilien, Japan, Britisch- und Niederländisch-Indien, Ägypten und China. In allen diesen Ländern sind weniger als 1 % der Bevölkerung gewerkschaftlich organisiert.

Das Jahrbuch enthält weiter die Adressen und Mitgliedszahlen der 285 dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen nebst einer Übersicht über die von den letzteren herausgegebene Fachpresse.

Blättern Vorzug leisten. Man hat die Sinterprobe mit Recht als ein wertvolles Prüfmittel für sprödes Flugzeugblech. Um sich über die Sprödigkeit des Materials zu unterrichten, vollführt man eine Anzahl Hin- und Herbewegungen um 90 Grad, bis Bruch eintritt. Bei jedem Hin- und Herbewegungen wird etwa 3,5 Biegungen erfolgen. Handelt es sich um die Prüfung von Streifen aus Blechen, Flach- und Profilleisten, so ist das Prüfergebnis vielfach davon abhängig, ob man Längs- oder Quersproben vor sich hat, das heißt die Lage des Probekörpers zur Walzrichtung ist nicht ohne Bedeutung. Für die Biege des Materials ist im allgemeinen der Biegewinkel und der Krümmungshalbmesser an der Biegestelle maßgebend, wobei die Ermittlung des letzteren auf der konvexen Seite des Probekörpers erfolgt. Die Messung der Krümmungen an der Biegestelle erfolgt vorzuziehen durch Blechleihen mit freibeweglichem Ausschmitt und einem von 2 zu 2 mm fortschreitenden Krümmungshalbmesser bei 45 Grad Ablenkung.

Was die Schlagversuche mit Eisen anbetrifft, so kommen hier hauptsächlich die Schlagbiegeversuche und die Kerbschlagversuche in Frage. Als Prüfmittel für diese Versuche zur Charakterisierung dienen ballistische Schlagwerke, Fallwerke und Pendelhammer. Die Ausführung der Schlagbiegeversuche erfolgt im allgemeinen derart, daß man das Probekörper auf zwei Stützen legt, worauf der Schlag nach der Mitte zwischen den beiden Stützen geführt wird. Besonders bei der Abnahme von Eisenbahnmaterial haben die Schlagbiegeversuche eine besondere Bedeutung erlangt. Der Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen hat hierbei folgende Grundregel geschaffen. Für Eisen: ganze Länge 1,20 m, Stützweite 1,0 m, Schlagarbeit je Schlag 1500 m/kg; nach jedem Schlag ist die Messung der Durchbiegung an der oberen Fläche auf die ursprüngliche Länge von 1,8 m Stützweite zu bezugeln. Für Kohlen beträgt die Stützweite 1,0 m, die Schlagarbeit je Schlag 3000 m/kg. Es hat die Messung der Längsänderungen auf der Zug- und Druckseite wie bei Eisen zu erfolgen, jedoch erst von 50 mm Einbiegung ab. Für Wadstein ist eine Schlagarbeit von 2000 m/kg vorzuschreiben. Hier sind etwaige Veränderungen des Krümmungswinkels des Materials zu beiden Seiten der Endpunkte dieser Durchmesser festzustellen. Zur Messung bedient man sich eines Messschießens, mit Millimeterteilung versehenen Maßstabes.

Soweit eine durch die Praxis gegebene Prüfung des Eisens auf Grund bloßer Beschäftigung genügt wird, lassen sich in einigen Fällen gewisse Anhaltspunkte festzeichnen, welche aber natürlich keine Zuverlässigkeit bieten. In der Praxis bedient man sich zur oberflächlichen Prüfung des Kohleisens des Aussehens eines frischen Bruches. Belegt bei grauem Kohleisen der Bruch ein großflächiges Gefüge und dunkle Farbe, so kann man mit Sicherheit einen hohen Siliziumgehalt in dem Material annehmen. Bei Spiegelblechen bietet die Größe der Kristallflächen einen gewissen Anhalt zur Beurteilung des Mangengehalts. In früherer Zeit mußte man Eisen an dem frischen Gefüge an erkennen, da aber die neueren Stahlsorten ebenfalls frisches Gefüge zeigen, kann man dieses nicht mehr als Erkennungszeichen heranziehen. In vielen Fällen wird die chemische, so hoher Vollkommenheit geforderte Analyse allein Klarheit verschaffen. Bemerkenswert ist, daß man ein Material mit einer Zerbrechlichkeit von 50 g auf 1 qmm und darüber als Stahl bezeichnet, während ein unter dieser Grenze liegendes Material als Eisen zu gelten hat.

In letzter Zeit hat sich neben den alten mechanischen und chemischen Untersuchungsverfahren bei der Eisenprüfung die Metallographie eine große Bedeutung erlangt. Wenn auch die chemische Untersuchung allgemein die Aufgabe, die Anwesenheit von Fremdkörpern im Eisen festzustellen, befriedigend löst, so ändert sich das, wenn es sich um Material handelt, das bei gleicher chemischer Zusammensetzung verschiedener Wärmebehandlung ausgelegt war. In diesen Fällen erkennt man die chemische Untersuchung als nicht ausreichend, und hier greift die Metallographie mit ihrer Veranschaulichung der physikalischen Beschaffenheit des Materials ergänzend ein. Das Material bedarf für die metallographische Untersuchung einer besonderen Vorbereitung. Zu diesem Zweck wird das Probekörper mittels einer Korundschleife an einer Seite hoch vorpoliert, was natürlich auch mit einer feilen geschliffenen kann. Hierauf wird mit Schmirgelpapier abgerieben, das wechseltweise mit immer feiner werdendem Korn angewendet ist. Zur Entfernung der letzten Schicht dient man sich einer mit Tuch bespannten Leinwand und poliert dieses unter Benutzung geschliffener Leinwand. Nachdem die Schichtfläche sorgfältig gereinigt, kann die eigentliche metallographische Untersuchung vor sich gehen. In den Fällen, wo das Gefüge des Eisens durch den Spiegelglanz nicht

ohne weiteres klar hervortritt, muß man, und das geschieht in der Mehrzahl der Fälle, durch Ätzen die Struktur sichtbar machen.

Zur Regel gestattet die metallographische Untersuchung die Festlegung, aus welchem Produktionsprozeß das Eisen hervorgegangen ist; ob es in teigigem Zustand gewonnen wurde, also im Pundel- oder Strickleiterverfahren, oder ob die Verfestung im flüssigen Zustand vor sich ging. Hierin gehört das Bessemer-, Thomas-, Martinverfahren, die Taillat- und Elektrotaillat. In den erst genannten Materialarten werden sich stets Schlacken nachweisen lassen, und zwar in mikroskopisch deutlicher Weise, während in den letztgenannten Eisen- oder Stahlsorten nur Spuren von Schlacken nachweisbar sind.

Der Kohlenstoff kann im Eisen als der wichtigste Fremdkörper bezeichnet werden; über den jeweiligen Anteil des Kohlenstoffs an der Struktur des Eisens gibt das Mikroskop erscheinende Auskunft. Im reinen Eisen oder Ferrit erscheint der Kohlenstoff als dunkler Punkt. Bei harter Anwesenheit von Kohlenstoff kommt es zur Bildung dunkler Partien. Bei einem Kohlenstoffgehalt von 0,9 % haben wir Perlit vor uns. Bei einem Kohlenstoffgehalt von mehr als 1,7 % ergeben sich ganz neue Gefügebilder. Es verschwinden die dunklen Stellen bei 4,2 % Kohlenstoffgehalt im weichen Kohlenstoff; über 4,2 % treten an Stelle der bisherigen Nadeln weiche Nadeln.

Beitrag das weiche Kohleisen den Kohlenstoff in gebundener Form als Karbid, so tritt er im grauen Kohleisen überwiegend frei als Graphit auf. Das metallographische Bild des grauen Kohleisens ist daher ein ganz anderes. Ein zu empfehlendes Mittel, sich über die Verteilung des Phosphors im Eisen zu unterrichten, ist das folgende: Man legt das Probekörper 1 bis 2 Minuten lang mit einer Lösung von 10 bis 12 g Kupferammoniumchlorid in 100 ccm Wasser. Man entfernt nunmehr vorsichtig den auf der Schichtfläche vorhandenen Kupferrückstand. Die phosphorreichen Stellen werden nach der Ätzung deutlich. Um die Anwesenheit des Schwefels festzustellen, so machen, benutzt man mit Salzsäure befeuchtetes Bromblechpapier, das man für kurze Zeit gegen die vorhergeschliffene Prüflfläche drückt. An den Stellen, wo Schwefel vorhanden ist, färbt sich das Papier braun. Auch an der Wärmebehandlung von Stahl vermag die metallographische Untersuchung wertvolle Dienste zu leisten.
Dr. P. Martell.

Familienwochenhilfe

Wichtige Entscheidungen des Reichsversicherungsamts.

Eine Krankenkasse hatte in mehreren Fällen nach § 206a RVO Familienwochenhilfe geleistet. Das Versicherungsamt hatte nach § 206d Abs. 2 RVO die von der Kasse hierfür ausgegebenen Beiträge beanstandet.

Gegen diese Beanstandung des VA legte die Kasse vernünftigerweise Beschwerde beim OB ein, dieses verwies die Sache zur grundsätzlichen Entscheidung an das RVA.

Sachlich ist die Beschwerde (der Kasse) begründet. § 206a Abs. 1 RVO in der Fassung des Gesetzes vom 27. März 1923 lautet unter Nr. 3 den Anspruch auf Familienwochenhilfe an die Voraussetzungen, daß die Versicherten in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate hindurch und im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen seien.

Für den Anspruch auf Familienwochenhilfe genügt es also, daß es für das letzte Jahr vor der Niederkunft geordneten sechsmonatigen Versicherungszeit noch eine viermonatige Versicherungszeit während der letzten beiden Jahre vor der Niederkunft hinjuricht, ohne daß es erforderlich ist, daß diese vier Monate auf das vorletzte Jahr vor der Entbindung entfallen.

In einem andern Falle war eine Wöchnerin mit ihren Ansprüchen abgewiesen worden, weil die leistungspflichtige Inanspruchnahme Krankenkasse sich darauf berief, daß der Ehemann der Antragstellerin im letzten Jahre vor der Niederkunft nicht mindestens sechs Monate gegen Krankheit versichert gewesen sei.

Die oben angeführte Wöchnerin hielt aber ihren Antrag an, ist und legt gegen den ablehnenden Bescheid der Knappschaftskrankenkasse Berufung beim Knappschafts-VSA ein.

Wollte man nämlich auch bei Entbindungen, die nach dem Tode des Versicherten stattgefunden haben, nach dem Wortlaut des Abs. 1 Nr. 3 die Gewährung der Wochenhilfe davon abhängig machen, daß der Versicherte im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen sei, würde die Bewirklichung des Anspruchs in allen den Fällen unmöglich sein, in denen die Entbindung im letzten, achten oder neunten Monat nach dem Tode des Versicherten erfolgt ist.

Die von der Klägerin angeführte Entscheidung des Reichsversicherungsamts ist demnach zu bestätigen. Die Voraussetzungen des § 206 Abs. 1 Nr. 3 sind erfüllt, wenn das Familienhaupt in den letzten zwei Jahren vor seinem Tode mindestens zehn Monate hindurch und im letzten Jahre vor seinem Tode mindestens sechs Monate hindurch in der im Gesetz bezeichneten Weise gegen Krankheit versichert gewesen ist.

Kein Schadenerfolg wegen der Maifeier

Können die Mitglieder des Betriebsrats ein Schadenerfolg in Anspruch genommen werden, wenn sie das Festen der Arbeit am 1. Mai verweigern?

Die ganze Belegschaft, Arbeiter, Schichtarbeiter, Glashausarbeiter, Hausmeister und Lagerarbeiter der Glasfabrikwerke A. G. u. H. D. in Penzance (Schlesien) hatten am 1. Mai 1925 erkrankt und demnach die Arbeit nicht geleistet.

In dem vorgerichtlichen Entscheidungsgutachten heißt es: Die ganze Belegschaft hat sich am 1. Mai 1925 erkrankt und demnach die Arbeit nicht geleistet. Die Belegschaft hat sich am 1. Mai 1925 erkrankt und demnach die Arbeit nicht geleistet.

Robert Ditzmann Jubilar

Am 1. Mai beging unser Kollege Ditzmann das 25jährige Jubiläum als Angehöriger der sozialistischen Arbeiterbewegung. Daß ein solcher Jüngling schon zu dem demotischen Kreis der Jubilarer gehört, ist darauf zurückzuführen, daß er sich sehr früh der Arbeiterbewegung angeschlossen und tatkräftig mitwirkte.

Wer sich vor Schäden bewahren will, muß Marken der richtigen Beitragsklasse nieder!

Nach § 6 Abs. 1 des Statuts dürfen Beitragsmarken der zweiten Klasse nur an männliche Mitglieder im Alter von 18 bis 20 Jahren und an ungelernete Lohnarbeiter (Gehilfen) nach vollendetem 20. Jahre abgegeben werden.

Die Arbeiter veranlassen, auf die Ausübung vertragsmäßiger Rechte auf einen Feiertag zu verzichten. Ebenso werden die übrigen gesetzlichen Bestimmungen als nicht anwendbar bezeichnet.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

Der Kampf um die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe erfordert nach wie vor die Anpassung aller Kräfte im Lande. Auf Grund der vom Reichsarbeitsminister unter dem 21. Februar 1924 erlassenen Anordnungen für die Bewilligung von Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit, die eine angestrebte Auslegung des § 106 Abs. 1 der Reichsarbeitsordnung bedeuten und zur Geltung geltenden Rechts anzuwenden, wird überall versucht, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu befestigen.

Gehilfenroman

Sozialpolitik durch Produktionspolitik. Von Dr. Konrad. Bd. 13 der Reihe der Arbeit (Herausgeber: Eduard Herzog und Georg Schick). 60 Seiten, geb. 1.20. Der bekannte Sozialpolitiker Konrad hat in der Sammlung 'Wörter der Arbeit' eine Schrift erlassen, die sich mit denjenigen Problemen befaßt, welche im Hauptpunkte des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens liegen.

Belucht die Heimarbeiter-Ausstellung in Berlin. Sie dauert nur bis zum 15. Mai.

Die Praxis des Arbeitsrechts. Das Handbuch für die praktische Anwendung des Arbeitsrechts. Von Rechtsanwalt Fritz Wid und Regierungsrat Dr. R. Weigert. Umfang circa 300 Seiten. Preis im Ganzleinenband 12.00. Verlag von Weimar Hobbing, Berlin SW 61.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg, Besenbinderhof 70

Table with columns for Einnahmen (Eingehenden) and Ausgaben (Ausgehenden). Includes sub-totals for Einnahmen (79912,04) and Ausgaben (16366,51).

Die Revisoren werden ersucht, die Kassenbestände in den Filialen zu prüfen und die überschüssigen Gelder sofort an die Hauptkasse abzuführen.

Abrechnung über den Agitations- und Unterstützungsfonds für das 1. Quartal 1925.

Table with columns for Einnahmen (Eingehenden) and Ausgaben (Ausgehenden). Includes sub-totals for Einnahmen (8814,18) and Ausgaben (1448,95).

Der Aufsichtsrat: J. K. F. Deutschmann. Geprüft und für richtig befunden. Revisoren: Jos. Bielow, G. Bennewitz.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 10. Mai in der 20. Wochenarbeit für die Zeit vom 10. bis 16. Mai 1925 1411g.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table showing contribution amounts for different regions: Harburg (20), Lägerheim (20), Torgau (10).

Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung natutarischer Rechte zur Folge.

Öffentliche Ladung

Der Metallarbeiter Max Maddalena, geb. am 17. Jan. 1896 in Kiedrich, Mitgliedsbuch Nr. 1952982, früherer Geschäftsführer in Singen, wird hierdurch aufgefordert, Donnerstag, 4. Juni 1925, abends 6 Uhr, im Lokal 'Zum Hirschen' in Singen zur Sitzung der Untersuchungskommission zu erscheinen.

Zur Beachtung! Bezug ist fernzuhalten:

von Feilenarbeitern nach Berlin 2; von Feilenarbeitern nach Dortmund (H. Scharlowitz) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig (The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.); nach Hamburg (H. Scharlowitz) D.; nach Torgau (H. Scharlowitz) D.; nach Torgau (H. Scharlowitz) D.; nach Torgau (H. Scharlowitz) D.